

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5816

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5816



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Türkei: «Graue Wölfe» und «Nachbarschaftswächter»

Bern, den 22. Juli 2025

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch und Französisch

COPYRIGHT
© 2025 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Die «Grauen Wölfe»	4
3	Die «Nachbarschafts-/Nachtwächter» (bekçi).....	7
4	Fähigkeit und Bereitschaft des Staates, Opfer der «Grauen Wölfe» zu schützen.....	8
5	Quellen	9

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie agieren die «Grauen Wölfe» in der heutigen Türkei (Gewalttaten, Morde)?
2. Inwieweit werden die «Grauen Wölfe» von der Regierung geschützt oder sogar unterstützt?
3. Kann man davon ausgehen, dass die Türkei die Mitglieder der «Grauen Wölfe» für ihre Taten zur Verantwortung ziehen und die bedrohte Bevölkerung, insbesondere die Kurdinnen und Kurden, schützen wird?
4. Wer/was sind die «bekçis»?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in der Türkei seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Die «Grauen Wölfe»

Die «Grauen Wölfe» sind eine ultranationalistische türkische Bewegung, die für die ethnische Vorherrschaft und die Verunglimpfung von Minderheiten eintritt. Heute bilden sie ein dezentrales Netzwerk, das Politik und organisierte Kriminalität miteinander verbindet. Für den US-Auslandssender *Voice of America* (VOA) sind die «Grauen Wölfe» oder Ülkü Ocakları (wörtlich «Idealistenheime», häufig als «Idealistenvereine» wiedergegeben) eine ultra-nationalistische türkische Gruppe. Sie sind der Jugendarm der rechtsextremen Partei MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung), die derzeit mit Präsident Erdoğan verbündet ist (VOA, 9. Dezember 2020). Für das deutsche *Bundesamt für Verfassungsschutz* (BfV) ist die «Ülkücü»-Bewegung («Grauen Wölfe») eine Bewegung, deren Ideologie dem türkisch-nationalistischen Rechtsextremismus zuzuordnen ist, der von antisemitischen und rassistischen Komponenten geprägt ist und seine Wurzeln im Panturkismus und Turanismus hat. Der Panturkismus beruht auf der Idee einer gemeinsamen ethnischen Herkunft aller Turkvölker und dem Ziel, sie in einem einzigen Vaterland unter türkischer Führung zu vereinen. Dieses ideale Reich würde dann den Namen «Turan» tragen. Diese Ideologie enthält auch antisemitische und rassistische rechtsextreme Elemente. So streben die «Grauen Wölfe» die Schaffung des Grossreichs «Turan» an, welches sich an den historischen Grenzen orientiert oder sogar darüber hinausgeht und alle Siedlungsgebiete der Turkvölker umfasst. Diese Vorstellungen gehen mit einem starken Nationalismus einher, der das Türkentum als überlegene Kultur und Nationalität aufwertet und verschiedene, als Gegner*innen wahrgenommene Staats- und Religionsangehörige wie armenische, griechische, jüdische oder kurdische Menschen herabwürdigt (BfV, September 2023). *Medyanews*, eine pro-kurdische Nachrichtenseite, ist ebenfalls der Ansicht, dass die Ideologie der «Grauen Wölfe» auf der Verherrlichung

1 <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte>.

der türkischen ethnischen Identität beruht, oft auf Kosten der Minderheiten. Sie rufen im Namen eines radikalen Nationalismus und des gesamttürkischen Mythos von Turan zum Kampf gegen Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und Imperialismus auf. Als mit den demokratischen Werten unvereinbar beurteilt, propagiert diese Ideologie die türkische Vorherrschaft und bezeichnet zahlreiche Gruppen – unter anderem kurdische, armenische, griechische, jüdische und westliche Menschen – als Feind*innen, und schürt damit einen zutiefst spaltenden Diskurs (*Medyanews*, 29. September 2024). Gemäss der am 17. Juli 2025 an die SFH gesandten E-Mail einer *Kontaktperson, die Expert*in für die Türkei und die kurdische Frage ist*, sind die «Grauen Wölfe» heute eher ein Gefüge verschiedener Gruppen mit einem erklärten Bekenntnis zum türkischen Ultranationalismus als eine einzige, zentralisierte Organisation. Diese Gruppen, von denen viele ebenso sehr dem organisierten Verbrechen wie der Politik zuzurechnen sind, konkurrieren mitunter miteinander und töten sich gegenseitig.

Seit den 1980er Jahren haben die MHP und die «Grauen Wölfe» ihren Einfluss wieder verstärkt, bis sie sich 2018 mit Erdogans AKP verbündeten. Für das *Radio-télévision belge de la Communauté française* (RTBF) haben die MHP und die «Grauen Wölfe» seit der Repression nach dem Militärputsch von 1980 wieder an Einfluss gewonnen. Die MHP ist zu einem wichtigen politischen Akteur geworden, der regelmässig mit anderen rechten Parteien verbündet ist, während die «Grauen Wölfe» ihr Netzwerk erweitert haben, indem sie sich in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, vom Geheimdienst über die Armee bis hin zur Polizei, eingenistet haben (RTBF, 6. Juli 2024). *Middle East Eye* (MEE) meint, dass die Partei und die «Grauen Wölfe», seit Devlet Bahçeli 1997 die Führung der MHP übernommen hat, ein gemässigeres Image haben, indem sie ihre Verbundenheit mit der liberalen Demokratie bekräftigen und ihren ethnischen Nationalismus mässig zum Ausdruck bringen. Ihre Kritiker*innen behaupten jedoch, dass diese Mässigung nur eine Fassade sei. Im Jahr 2015 nahm die AKP unter Präsident Erdoğan viele pro-kurdische Reformen der 2000er Jahre zurück und verfolgte eine aggressivere Aussenpolitik und gleichzeitig einen härteren nationalistischen Diskurs. Dies erleichterte eine Annäherung zwischen der MHP und der AKP. Im Jahr 2018 schlossen die beiden Parteien ein Wahlbündnis (MEE, 16. November 2020).

Existenz eines geheimen Netzwerks, das politische Entscheidungsträger, Sicherheitsdienste, ultranationalistische Milizen und die Mafia miteinander verbindet. Laut dem Türkei-Experten *Gareth Jenkins* hat der Susurluk-Skandal von 1996 die Existenz eines geheimen Netzwerks aufgedeckt, das den türkischen Staatsapparat, die ultranationalistischen Milizen der «Grauen Wölfe» und das organisierte Verbrechen miteinander verbindet. Ausgelöst wurde der Skandal durch einen Verkehrsunfall, bei dem in ein und demselben Auto ein ranghoher Polizeifunktionär, ein Parlamentsabgeordneter und Abdullah Çatlı – Mitglied der «Grauen Wölfe», gesuchter Mafioso und vom Staat gedeckter Drogenhändler – zusammen aufgefunden wurden. Seit den 1980er Jahren hatte der türkische Geheimdienst Ultranationalist*innen aus dem kriminellen Milieu rekrutiert und garantierte ihnen Straffreiheit für gezielte Morde gegen Mitglieder der *armenischen Geheimarmee für die Befreiung Armeniens* (ASALA) und später der *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK), und ermöglichten ihnen zugleich die Kontrolle von Drogenrouten. Diese Praktiken waren Teil eines grösseren, als «Tiefer Staat» bezeichneten Systems, in dem Armee, Gendarmerie und Innenministerium illegale Operationen aus verdeckten Mitteln finanzierten. Ein parlamentarischer Bericht von 1997 bestätigte die Tragweite dieser Verflechtungen und schätzte die Zahl der begangenen Tötungen und Verschwindenlassen auf mehrere Tausend, vor allem im kurdischen Südosten (*Gareth Jenkins*, 1. Mai 2008).

Anschläge und Gewalt in der Türkei zwischen den 1970er und 1990er Jahren. Laut VOA waren die «Grauen Wölfe» seit ihrer Gründung im Jahr 1968 in zahlreiche politische Gewalttaten verwickelt, die sich hauptsächlich gegen linke Führer*innen, Kurd*innen und die alevitische Minderheit in der Türkei richteten (VOA, 9. Dezember 2020). Nach Ansicht des *Europäischen Parlaments* haben die «Grauen Wölfe» in den 1970er und 1980er Jahren in der Türkei Gewalttaten gegen politische Gegner*innen verübt (*Europäisches Parlament*, 10. November 2020). Laut MEE sei die Bewegung für Gewalttaten verantwortlich, darunter Morde an linken Aktivist*innen, Kommunist*innen, Kurd*innen, Armenier*innen und anderen Minderheiten in der Türkei. Einige dieser Morde sollen in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Nachrichtendienst (MIT) begangen worden sein (MEE, 16. November 2020).

Die «Grauen Wölfe» verüben in der Türkei weiterhin Gewalttaten, darunter auch Angriffe auf kurdische Student*innen. Diese Aktionen sind sowohl durch das organisierte Verbrechen als auch politisch motiviert, wobei ihre Opfer häufig Personen sind, die als «Gegner*innen» der Türk*innen wahrgenommen werden, insbesondere Kurd*innen und «Linke». *France 24* berichtet, dass im Juni 2021 Deniz Poyraz, eine Aktivistin der pro-kurdischen *Partei Demokratische Partei der Völker* (HDP), bei einem bewaffneten Angriff auf das Parteibüro in Izmir ermordet wurde. Der Verdächtige, der ideologisch mit den «Grauen Wölfe» verbunden war, gab an, er habe die HDP aus Hass auf die PKK ins Visier genommen (*France24*, 18. Juni 2021). Laut der Nachrichtenseite *Gazete Duvar* griffen Mitglieder der Gruppe «Graue Wölfe» im April 2022 in der südlichen Provinz Karaman eine Gruppe kurdischer Student*innen an, die den traditionellen Volkstanz Halay aufführten. Der Angriff soll sich in der Karamanoğlu Mehmet Bey Universität ereignet haben, wobei die Angreifenden die kurdischen Studierenden in einem Lagerhaus einsperrten und sie verprügelten. Nach diesem Angriff veröffentlichte die Anwaltskammer von Diyarbakır eine Erklärung, dass sie die Angelegenheit weiterverfolgen werde, damit eine «effektive Untersuchung durchgeführt wird» (*Gazete Duvar*, 11. April 2022). Die *Kontaktperson* bestätigt zudem, dass die «Grauen Wölfe» weiterhin Gewalttaten verüben – vermutlich eher aus kommerziellen Motiven (das heisst organisierte Kriminalität) als aus politischen. Für die *Kontaktperson* ist es oft schwierig festzustellen, ob ein Mord politisch motiviert ist, der organisierten Kriminalität zuzuschreiben ist oder beidem. Gleichwohl greifen die «Grauen Wölfe» tatsächlich gewaltfreie und nicht-kriminelle kurdische Aktivist*innen an. Nach Einschätzung der *Kontaktperson* gehen die meisten von den «Grauen Wölfe» begangenen Gewalttaten inzwischen von Mitgliedern mit Verbindungen zur organisierten Kriminalität aus. Ihre Opfer stünden jedoch nicht immer in Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität. Dabei könne es sich um Kurd*innen, «Linke» oder Personen handeln, die als «Gegner*innen» der Türk*innen angesehen werden.

Einfluss in der türkischen Diaspora und gezieltes Vorgehen gegen kurdische Aktivist*innen in Europa. Laut VOA standen die «Grauen Wölfe» in Europa in den letzten Jahren verstärkt im Fokus, insbesondere nachdem sie im November 2020 von den französischen Behörden wegen gewaltsamer Aktionen und Aufstachelung zu Hass verboten wurden. Ein von VOA zitierter türkischer Journalist betont, das nationalistische Ideal der «Grauen Wölfe» bleibe in Europa auch ohne offizielle Strukturen aktiv. Das Fehlen einer formellen Organisation heisse nicht, dass nicht dennoch eine identitätspolitische Bewegung unter diesem Namen bestehe. Die «Türkische Föderation» – ein Dachverband von Diaspora-Vereinen, die ideologisch der MHP nahestehen – gilt häufig als inoffizielle Fortsetzung der «Grauen Wölfe» in Europa (VOA, 9. Dezember 2020). Auch das *Europäische Parlament* hält fest, dass die «Grauen Wölfe» in mehreren europäischen Ländern verankert sind und über Netzwerke aus Tausenden von Personen starken Einfluss in verschiedenen türkischen Gemeinschaften

ausüben (Europäisches Parlament, 10. November 2020). Nach Angaben der *Kontaktperson* sind die «Grauen Wölfe» (vor allem Mitglieder organisierter krimineller Gruppen) innerhalb der türkischen Diaspora sehr aktiv und zielen besonders auf kurdische Aktivist*innen ab, namentlich auf jene, denen eine Nähe zur PKK unterstellt wird. Gewalt richtet sich jedoch auch gegen organisierte kriminelle Gruppen, insbesondere kurdische Gruppen mit PKK-Sympathien.

3 Die «Nachbarschafts-/Nachtwächter» (bekçi)

Seit 2016 hat die Regierung Erdoğan die «bekçi» wieder eingeführt, Stadtteil- und Nachtwächter mit erweiterten Befugnissen, die denen der Polizei ähneln. Die Opposition beschuldigt das Regime, eine parteiische Miliz in den Diensten seiner konservativen Ideologie zu schaffen. Laut *Al Jazeera* sind die «Nachbarschaftswächter» (türkisch: bekçi) Beamt*innen, die historisch für die Überwachung von Stadtvierteln zuständig waren. Diese Truppe wurde 2008 abgeschafft und nach dem Putschversuch von 2016 von der Regierung Erdoğan wieder eingeführt. Heute umfasst sie mehr als 21'000 Mitglieder, darunter auch Frauen. Im Juni 2020 verabschiedete das türkische Parlament ein Gesetz, das dieser Truppe Befugnisse nahezu auf dem Niveau der nationalen Polizei einräumt: Die Beamt*innen dürfen Schusswaffen tragen, Fahrzeuge anhalten, die Identität von Personen kontrollieren und Leibesvisitationen durchführen. Sie sind jedoch nicht befugt, Verdächtige festzunehmen oder zu verhören. Das Gesetz wurde mit Unterstützung der Regierungspartei und ihres nationalistischen Bündnispartners trotz heftiger Opposition verabschiedet. Die Oppositionsparteien kritisieren es als gefährliche Massnahme und befürchten, dass sie die Sicherheit gefährden und die Menschenrechte bedrohen könnte. Sie beschuldigen die Regierung, eine parteiische Miliz schaffen zu wollen, die ihrer Macht treu ergeben ist, zumal das Rekrutierungsverfahren für die «bekçi» als undurchsichtig gilt. Zudem warnt die Opposition, die vorwiegend nachts operierende Truppe könne zu einer «Sittenpolizei» werden, im Einklang mit der religiösen und konservativen Ideologie des Regimes (*Al Jazeera*, 11. Juni 2020). Nach Angaben der *Kontaktperson* hat Präsident Erdoğan ein System der «Nachbarschaftswächter» eingeführt, das Vorläufer in der osmanischen Zeit hat. In der Praxis handelt es sich um eine zusätzliche Polizeikraft, die in den Quartieren patrouilliert und nicht nur Kriminelle, sondern auch Personen überwacht, deren Verhalten als unvereinbar mit «islamischen Werten» gilt.

HRW berichtet über Polizeigewalt in der Türkei, an der Polizisten und «bekçi» beteiligt sind, einschliesslich Schlägen, brutalen Verhaftungen und dem Einsatz von Hunden gegen Zivilpersonen. In einem im Juli 2020 veröffentlichten Bericht zeigte sich *Human Rights Watch* (HRW) alarmiert über schwere Misshandlungen durch die türkische Polizei und «Nachtwächter» («bekçi»). HRW dokumentierte mindestens 14 Fälle von betroffenen Personen in sechs Vorfällen in Diyarbakır und Istanbul. Die Fälle zeigen ein besorgniserregendes Muster gewaltsamer Festnahmen, Schlägen und weiterer Misshandlungen in Polizeigewahrsam. In einigen Fällen setzten Einsatzkräfte in Wohnungen Diensthunde ein. Die Betroffenen wiesen sichtbare Bisswunden auf. In anderen Fällen wurden mutmassliche Verdächtige nach Schiessereien mit Polizeikräften festgenommen. Fotos ihrer Verletzungen tauchten anschliessend auf privaten Konten sozialer Netzwerke auf (HRW, 29. Juli 2020).

Die «Nachbarschaftswächter» handeln in erster Linie für den Staat, könnten aber je nach ihrer Präsenz und ihrem lokalen Einfluss indirekt mit den Grauen Wölfen kooperieren. Nach Angaben der *Kontaktperson* arbeiten die «Nachbarschaftswächter» nicht

spezifisch mit den «Grauen Wölfen» zusammen, sondern dienen eher als Augen und Ohren des Staates. Ob sie den «Grauen Wölfen» etwas melden, hänge davon ab, ob – und welche – «Grauen Wölfe» in der betreffenden Gegend aktiv seien.

4 Fähigkeit und Bereitschaft des Staates, Opfer der «Grauen Wölfe» zu schützen.

Fehlen ernsthafter staatlicher Untersuchungen von Polizeigewalt. Klima der Straflosigkeit. HRW bemängelt, dass die türkischen Behörden im Zusammenhang mit schweren Übergriffen durch die Polizei und die «Nachbarschaftswächter» die Vorwürfe weitgehend zurückgewiesen haben, ohne ernsthafte Ermittlungen einzuleiten, und die Opfer systematisch beschuldigten, sich der Festnahme widersetzt zu haben. HRW weist darauf hin, dass seit dem Putschversuch von 2016 ein Klima der Straflosigkeit anhält, das zu einer erneuten Zunahme von Folter und Misshandlung geführt hat. Nach Ansicht von HRW haben das Ausbleiben deutlicher Reaktionen seitens hochrangiger Politiker*innen und die offenkundige Tendenz, Beschwerden zu unterdrücken, die Lage weiter verschärft. In den dokumentierten Fällen wurde den Betroffenen in den letzten Jahren keine Gerechtigkeit zuteil (HRW, 29. Juli 2020).

Nach einem Angriff der «Grauen Wölfe» auf kurdische Student*innen leugneten die Behörden den Vorfall, bevor sie eine Untersuchung einleiteten. Der Rektor der Universität soll sich mit der lokalen Sektion der «Grauen Wölfe» getroffen haben. Wie die Nachrichtenseite *Gazete Duvar* berichtet, erklärte das Gouverneursamt von Karaman nach dem Angriff von Mitgliedern der «Grauen Wölfe» auf türkische Student*innen in der Provinz Karaman im April 2020, auf dem Universitätsgelände habe sich «kein Vorfall und kein Problem» ereignet. Nachdem die Familie eines der verprügelten Studierenden jedoch Beschwerde eingereicht hatte, sah sich das Amt veranlasst, eine Untersuchung einzuleiten. *Gazete Duvar* meldet zudem, dass der Rektor der Universität kurz nach dem Angriff die Sektion der «Grauen Wölfe» in Karaman besucht haben soll (*Gazete Duvar*, 11. April 2022)..

Sieben Mitglieder der «Grauen Wölfe» wegen eines Angriffs auf einen Journalisten verurteilt, doch mehrere Schlüsselfunktionäre entgehen der Justiz. Laut *Bianet*, einem türkischen Nachrichtenportal mit Schwerpunkt auf unabhängigem Journalismus, wurden im Mai 2024 in Kayseri (Zentralanatolien) sieben Mitglieder der «Grauen Wölfe» wegen des Angriffs auf einen Journalisten im Jahr 2022 zu Freiheitsstrafen von mehr als elf Jahren verurteilt. *Bianet* hält fest, dass Ali Çelik, der stellvertretende Vorsitzende der «Grauen Wölfe», dem vorgeworfen wird, den Angriff organisiert zu haben, mangels Beweisen nicht strafrechtlich verfolgt wurde. Das Onlinemedium zitiert das Opfer Azim Deniz, das kritisiert, dass lediglich sieben der rund 50 an der Attacke beteiligten Personen vor Gericht gestellt wurden. Auch Özgür Ögret, der Türkei-Vertreter des Committee to Protect Journalists (CPJ), bedauerte, dass die meisten Angreifenden ohne strafrechtliche Konsequenzen blieben, begrüßte jedoch das Urteil und betonte, es sei ein Schritt in die richtige Richtung im Kampf gegen die Straflosigkeit bei Gewalt gegen Medien in der Türkei (*Bianet*, 22. Mai 2024).

Die Verbindungen zwischen den «Grauen Wölfen» und dem Staat hängen von lokalen Einflussnetzwerken ab. Während einige Mitglieder der Strafverfolgung entgehen können, werden kurdische Opfer, die vor allem als der PKK nahestehend wahrgenommen werden, so gut wie nie staatlich geschützt. Laut der *Kontaktperson* sind die Beziehungen

zwischen den «Grauen Wölfen» und dem türkischen Staat komplex. Vieles hänge davon ab, ob die Gruppe Verbindungen zu einer einflussreichen Person im Staatsapparat habe und ob sie in einer Region präsent sei, in der diese Person ihren Einfluss ausübt. Mitglieder der «Grauen Wölfe», die Drohungen oder Gewalttaten begehen, können unter Umständen staatlichen Schutz genießen und einer Strafverfolgung entgehen – je nach Identität der Beteiligten sowie Ort und Zeitpunkt des Angriffs. Dieser Schutz kann gewährt werden, muss aber nicht. Hinsichtlich eines möglichen staatlichen Schutzes für Betroffene gibt die *Kontaktperson* an, ihr sei kein Fall bekannt, in dem der türkische Staat einer kurdischen Person, die als Aktivist*in gilt – insbesondere bei Verdacht auf PKK-Nähe –, wirksamen Schutz gewährt habe. Nach Einschätzung der *Kontaktperson* kann eine kurdische Person, die von den «Grauen Wölfen» bedroht wird, vom türkischen Staat keinen Schutz erwarten – weniger wegen der Identität der Angreifenden als vielmehr, weil das Opfer kurdisch ist.

5 Quellen

Al Jazeera, 11. Juni 2020:

« Turkey's Parliament has approved a contentious government-proposed bill that will grant neighbourhood watchmen powers that are almost on a par with the country's police force.

The bill was passed overnight on Thursday with backing from President Recep Tayyip Erdogan's ruling party and its nationalist ally, despite opposition parties' concerns that the legislation empowers an under-qualified force and will lead to human rights violations and a further erosion of freedoms.

It was approved after days of tense debate that culminated in violence on Tuesday, with an opposition legislator saying he was punched by a politician from the nationalist party.

The watchmen, known as "bekci", traditionally guarded neighbourhoods and parks and were armed only with batons and whistles.

The force was abolished and folded into the police in 2008, but Erdogan's government revived it following a failed coup attempt in 2016.

The bill allowed the more than 21,000 neighbourhood guards – who now also include women – to use firearms, to stop vehicles, carry out ID checks and conduct body searches. The guards cannot arrest or interrogate suspects.

The government and its nationalist ally insist the neighbourhood guards meet a need for an auxiliary force to assist police and that the new powers will facilitate police operations. They argue that neighbourhoods have become safer since the force was revived.

The main opposition, pro-secular Republican People's Party (CHP), and two other opposition parties voted against the proposal, calling it an attempt by the government to form a loyal militia.

They have also voiced concerns that the force, which operates at night, would act as “morality police” in line with the government’s conservative and religious values.

The opposition argued that recruitment to the neighbourhood guards is opaque, and has lead to suspicions that those enrolled are chosen among ruling party supporters. [...] »

Quelle: Al Jazeera, Turkey grants increased power to neighbourhood watchmen, 11. Juni 2020:
<https://www.aljazeera.com/news/2020/6/11/turkey-grants-increased-power-to-neighbourhood-watchmen>

BfV, September 2023:

« Ursprung der „Ülkücü“-Ideologie

Die Ideologie der rechtsextremistischen türkischen „Ülkücü“-Bewegung entstand Mitte des 20. Jahrhunderts in der Türkei. Sie ist historisch geprägt und basiert unter anderem auf den Erinnerungen an das ehemalige Osmanische Reich. Die „Ülkücü“-Ideologie fußt dabei auf einer nationalistischen, antisemitischen und rassistischen rechtsextremistischen Ideologie, deren Wurzeln im Panturkismus/Turanismus liegen.

Panturkismus/Turanismus

Der Panturkismus basiert auf der Idee eines gemeinsamen ethnischen Ursprungs aller Turkvölker, verbunden mit dem Bestreben, diese Völker in einer gemeinsamen Heimat, unter Führung der Türken, zu vereinigen. Dieses gemeinsame Reich soll dann die Bezeichnung „Turan“ tragen. Je nach Auffassung könnte sich dieses dann vom Balkan bis nach Westchina oder Japan erstrecken.

Die ideologische Bandbreite der Bewegung reicht von einem nationalistischen Kemalismus bis in den Randbereich des Islamismus. Dabei beinhaltet die Ideologie neben übersteigerten nationalistischen auch antisemitische und rassistische rechtsextremistische Elemente.

Kemalismus

Der Kemalismus, benannt nach Mustafa Kemal Atatürk, wird oft auch als Gründungsideologie der 1923 ausgerufenen Republik Türkei bezeichnet. Deren kennzeichnende Merkmale waren unter anderem der Laizismus, also die strikte Trennung von Staat und Religion, und ein starker Nationalismus, also das Gegenteil des religiös geprägten, multiethischen Osmanischen Reichs. Ferner sollte mit umfangreichen Reformen und der Anlehnung an den Westen der Weg in die Moderne geebnet werden. Auch wenn der Kemalismus im türkischen Rechtsextremismus weit verbreitet ist, so ist dieser für sich genommen nicht als rechtsextremistisch zu bewerten. Bei den meisten Kemalisten handelt es sich nicht um türkische Rechtsextremisten.

Aufbauend auf diesen Aspekten streben die „Grauen Wölfe“ nach dem Großreich „Turan“. Je nach ideologischer Lesart orientiert sich dieses an historischen Grenzen oder geht noch darüber hinaus und soll alle Siedlungsgebiete der Turkvölker umfassen.

So wurde Muhsin Yazıcıoğlu, der Gründer der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Großen Einheit“ (BBP) mit den Worten zitiert:

„Ich sehne mich nach einer geeinten türkischen Welt, die von der Adria bis zur chinesischen Mauer reicht.“

(Zitat auf der Facebook-Seite eines ANF-Funktionärs, vom 24. März 2021)

Mit diesen Vorstellungen geht ein extremes Nationalbewusstsein einher, in welchem das Türkentum als übergeordnete Nationalität und Kultur angesehen wird. Ergänzt wird diese ideelle Überlegenheitsvorstellung durch die Herabwürdigung diverser vermeintlicher Gegner des Türkentums, wie beispielsweise Armenier, Griechen, Juden, Kurden oder die USA. » Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Türkischer Rechtsextremismus - Die „Grauen Wölfe“ in Deutschland, September 2023: <https://www.verfassungsschutz.de/Shared-Docs/hintergruende/DE/auslandsbezogener-extremismus/tuerkischer-rechtsextremismus-in-deutschland.html>

Bianet, 22. Mai 2024:

« Seven members of the ultranationalist Grey Wolves group in Kayseri have received prison sentences in the case concerning a 2022 assault on local journalist Asım Deniz and a former member of the Nationalist Movement Party (MHP), affiliated with the Grey Wolves.

After Sedat Kılınç, a municipal council member of the Kocasinan district, resigned from the party, he and the journalist were attacked by a group of Grey Wolves members who stormed the Deniz Postası TV studio.

The Kayseri 1st Heavy Penal Court on May 10 sentenced Ozan Kardemir, Onur Akça, Oğuzhan Karaerik, Mustafa Önal, Furkan Yavuz, Alparslan Türkeş İnce, and Abdulkadir Ekici to 11 years and 4 months each.

The sentences were issued for 'simple injury' and 'violation of workplace inviolability by force or threat' against Azim Deniz, and for 'deprivation of liberty by force, threat, or deceit' against Sedat Kılınç. Additionally, both individuals were acknowledged for the 'chain restriction of freedom of belief, thought, and conviction.'

The court imposed a travel ban on the defendants until the sentences are finalized and enforced.

However, Ali Çelik, the former head of the Ülkü Ocakları in Kayseri, who is accused of organizing the attack and whose vehicle was at the scene, was not prosecuted due to insufficient evidence. Ali Çelik currently serves as the Deputy Chairman of the Ülkü Ocakları.

The convicted individuals are involved with various positions in the Ülkü Ocakları of Kayseri and its districts.

“50 people attacked, only 7 prosecuted”

Azim Deniz, in a phone interview with bianet, expressed that the sentences should have been harsher. He explained that because the attack occurred before the broadcast started, the court acquitted the defendants of 'violating freedom of communication.'

"Even though the broadcast was pre-announced and planned, we couldn't air it. The penalty for 'violating freedom of communication' can be up to three years in prison. The court should have issued sentences for this charge as well," Deniz said. Reflecting on past attacks on journalists, he added, "At least the perception of impunity has been broken."

Deniz emphasized that not all attackers or the instigator were prosecuted:

"There were exactly 50 people. Security camera footage confirms this. The police didn't identify any of them. They gave excuses like 'we can't identify them, we don't know, it's not clear in the footage.' They only found seven people.

"The attack was organized by Kayseri Ülkü Ocakları President Ali Çelik. He did it for his personal gain. But he wasn't even included in the case. He was only questioned. He was there, his car was there, there's even an HTS record. He was personally managing the operation. But he said, 'I was just passing by, getting gas. I have nothing to do with the incident' and was released.

"I feel sorry that only seven young people's lives have been ruined. They come from a tradition, doing what they were told. Those who misguided them should be ashamed."

The lawyers representing the defendants refused to comment when contacted by bianet.

Ali Çelik with Kayseri Provincial Police Chief Kamil Karabörk a year after the attack. Karabörk is now the Provincial Police Chief of Mersin.

"This case stands out among media attacks"

Özgür Öğret, the Turkey representative for the Committee to Protect Journalists (CPJ), welcomed the court's decision to convict the attackers.

"This ruling is a step in the right direction in the fight against impunity for violence against the media in Turkey," said Öğret. However, he highlighted the issue of unprosecuted attackers:

"In Turkey, we often see impunity for attacks on the media. Therefore, any court decision that breaks the perception of protection for attackers is a positive step. The attack on Deniz Postası studios in Kayseri in 2022 was a highly organized and overt assault, involving dozens of people, distinguishing it from most other media attacks.

"Unlike cases where journalists are ambushed by one or a few people, this was an unacceptable lynching attempt carried out with boldness. It is particularly important that such audacity does not go unpunished. We will closely follow how the appeal process unfolds and whether other responsible parties will be included in the case." » Quelle: Bianet, Grey Wolves members receive prison sentences for attack on Journalist, 22. Mai 2024: <https://bianet.org/haber/grey-wolves-members-receive-prison-sentences-for-attack-on-journalist-295659>

European Parliament, 10. November 2020:

« The Grey Wolves organisation is regarded as the armed wing of the MHP (Turkey's Nationalist Movement Party) and during the 1970s and 1980s it committed acts of violence on the streets of Turkey, when its members often clashed with political opponents.

For decades, the Grey Wolves have become established in several European countries (Austria, France, Germany, etc.), creating networks of thousands of people and developing a strong influence in the various Turkish communities across Europe. [...] » Quelle: European Parliament, Inclusion of Grey Wolves on EU terrorist list, 10. November 2020: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2020-006101_EN.html

France 24, 18. Juni 2021:

« Alors qu'il est menacé d'interdiction par le pouvoir, le principal parti kurde de Turquie, le Parti démocratique des peuples (HDP) qui compte des dizaines de députés et de maires dans le pays, a été la cible d'une attaque meurtrière, jeudi 17 juin, à Izmir, dans l'ouest du pays.

Un homme armé s'est introduit dans le siège local de la formation et a tiré à plusieurs reprises sur Deniz Poyraz, une militante âgée de 40 ans qui était en train de cuisiner un plat pour le soir.

Le suspect, un employé "démissionnaire" du secteur de la santé" selon le bureau du gouverneur d'Izmir, a été arrêté peu après l'attaque. Il avait aussi tenté d'incendier le bureau de la permanence. Lors de son premier interrogatoire, il a déclaré que "son objectif était de trouver quelques personnes à cet endroit", soulignant que "s'il y avait eu d'autres individus, il leur aurait également tiré dessus."

Si Deniz Poyraz a perdu la vie dans l'attaque, le bilan aurait pu être bien plus lourd. Le co-président du HDP, Mithat Sancar, a en effet affirmé à la presse qu'une réunion regroupant 40 cadres du parti devait avoir lieu dans le bureau d'Izmir, mais elle avait été annulée peu avant l'attaque, sans lien avec une quelconque menace.

Des "discours aux accents haineux, intolérants et vengeurs"

Ce crime intervient dans un contexte tendu autour du HDP, qui a appelé à des manifestations pour protester contre l'attaque. Le parti, la troisième force du pays, est fréquemment la cible d'attaques verbales émanant du camp du président Recep Tayyip Erdogan et de son partenaire de coalition informelle, le Parti d'action nationaliste (MHP, extrême droite).

Le chef de l'État en personne accuse depuis plusieurs années le HDP d'être la "vitrine politique" et d'agir comme une "extension" du Parti des travailleurs du Kurdistan (PKK), le mouvement séparatiste kurde listé comme terroriste par Ankara, mais aussi par les États-Unis ou encore l'Union européenne. Et ce, malgré les démentis catégoriques du HDP.

Selon les médias turcs, le suspect, qui a indiqué aux enquêteurs "n'avoir aucun lien avec qui que ce soit", a affirmé être entré "dans le bâtiment parce qu'il déteste le PKK".

Depuis l'annonce de son arrestation et la révélation de son identité par les médias locaux, de nombreuses photographies du suspect circulent sur les réseaux sociaux, dont certaines le montrent armé et en tenue paramilitaire en Syrie voisine. Un autre cliché le montre faisant le signe de ralliement des Loups gris, le groupe ultranationaliste turc, souvent utilisé par les partisans du MHP. De son côté, le parti d'extrême droite a qualifié l'attaque contre le bureau du HDP de "complot" visant "à tester les nerfs de la société turque".

"Il est indéniable qu'une partie de la société turque est mobilisée par certains discours aux accents haineux, intolérants et vengeurs émanant des élites politiques du pays", indique Adel Bakawan, spécialiste des questions kurdes et directeur du Centre français de recherche sur l'Irak (CFRI), interrogé par France 24. "Ces élites essaient de mettre en place des stratégies d'instrumentalisation identitaire, sociale, culturelle et ethnique qui mettent en danger la cohésion sociale en Turquie".

Peu après l'assassinat de Deniz Poyraz, le HDP a accusé le gouvernement et le parti au pouvoir, l'AKP du président Recep Tayyip Erdogan, et ses alliés, d'être responsables de l'attaque.

"Notre amie, Deniz Poyraz, a été assassinée dans l'attaque perpétrée dans notre bureau du district d'İzmir. L'instigateur et le commanditaire de cette attaque brutale est le gouvernement AKP-MHP et le ministère de l'Intérieur qui prennent constamment pour cible notre parti et nos membres". [...] » Quelle : France 24, Turquie : l'assassinat d'une militante kurde, conséquence de la diabolisation du HDP ?, 18. Juni 2021: <https://www.france24.com/fr/moyen-orient/20210618-turquie-l-assassinat-d-une-militante-kurde-cons%C3%A9quence-de-la-diabolisation-du-hdp>

Gazete Duvar, 11. April 2022:

« Members of the fascist group Greywolves attacked a group of university students who performed the traditional halay folk dance to a piece of Kurdish music in Turkey's southern province of Karaman.

The attack occurred at the premises of Karamanoğlu Mehmet Bey University on April 1, daily Evrensel reported on April 10.

Assailants who described themselves as "Karamanoğlu Mehmetbey Ülkücüleri" (Greywolves) reportedly locked the Kurdish students in a depot and beat them up. They seized the students' mobile phones and made them write "We apologize to the Turkish public due to our immoral behavior" on their social media accounts.

One of the beaten students has reportedly left Karaman and gone back to his hometown due to the trauma inflicted by the attack.

The attack was brought to the agenda of parliament by Peoples' Democratic Party (HDP) MP Ömer Faruk Gergerlioğlu. In an address to the General Assembly of parliament, Gergerlioğlu said the incident shows that the Kurdish issue has not been resolved in the country.

"When it comes to speaking, they say, 'We have solved the Kurdish problem in the country.' But look, a young man left his university and went back to Diyarbakır because he danced halay to a Kurdish song. Has the Kurdish problem been solved in the country; is this possible? This explicitly shows that the issue has not been resolved," Gergerlioğlu said.

The MP also showed a social media post shared by the Greywolves members reading: "Welcome to the university where those who betray the country cannot hold a pen."

The Diyarbakır Bar Association also released a statement on April 7 that they will follow up on the issue for an "effective investigation process to be conducted."

In its statement titled "We condemn the racist attack against Kurdish identity and language," the bar said that "discriminatory policies" and "the widely used polarizing language" are behind these attacks. "We remind judiciary authorities that an effective investigation needs to be conducted for such attacks not to occur again," it said.

The Karaman Governor's Office announced that an investigation was launched after the parents of one of the beaten students filed a complaint to Presidency's Communication Centre (CİMER). The governor's office also claimed that "no incident or problem" had occurred on the university premises.

"After the halay images of the students were shared on social media, a group of 10-15 people, who were not dormitory students, came to in front of the dormitory at about 12 a.m. After the dormitory manager and dormitory security staff notified the police, the group was dispersed by the police without an incident. As it can be seen clearly, no incident or problem occurred at the dormitory," it said.

Meanwhile, the university's rector Prof. Dr. Namık Ak on April 6 visited the Ülkü Ocakları (Greywolves) branch of Karaman. » Quelle: Gazete Duvar, Fascist group attacks students for dancing halay to Kurdish music in southern Turkey, 11. April 2022 : <https://www.duvarenglish.com/turkish-fascist-group-greywolves-attacks-students-for-dancing-halay-to-kurdish-music-in-southern-turkey-news-60791>

HRW, 29. Juli 2020:

« There is credible evidence that Turkish police and community "night watchmen" have committed serious abuses against at least fourteen people in six incidents in Diyarbakır and İstanbul in the last two months, Human Rights Watch said today.

The cases illustrate a worrying pattern of violent arrest, beatings, and other abuse that seems to be part of an increase in violent treatment in custody. They should be fully investigated. In four of the cases, the authorities have publicly refuted or countered allegations of abuse rather than making a commitment to investigate them. In recent days, media outlets released video footage and reports that appear to show three more cases in other Turkish cities. Because of the time frame, Human Rights Watch has not been able to investigate them.

"The immediate knee-jerk denial of police wrongdoing when faced with reports of police violence, torture, and ill-treatment – specifically in recent incidents in Diyarbakır – is

sadly familiar, but not acceptable,” said Tom Porteous, deputy program director at Human Rights Watch. “Turkish authorities should immediately investigate these credible allegations of serious abuse and hold those responsible accountable.”

In two incidents, police officers set police dogs on people in their homes, leaving them with bite marks on their limbs. In two others, involving the detention of suspects in the fatal shooting of police officers, images of the detainees with signs of having been beaten and otherwise abused were posted on private social media accounts. In all cases, the authorities have claimed – without evidence – that those alleging police ill-treatment violently resisted arrest and the police. [...]

There has been a marked resurgence of police torture and ill-treatment in custody over the past five years and in particular since the failed coup attempt in Turkey in 2016. Lack of condemnation from higher officials and a readiness to cover up allegations rather than investigate them has resulted in widespread impunity for security forces. There has been no justice for victims in cases of torture and other abuse documented by Human Rights Watch in recent years, and Turkey has a long and poor history of tolerating torture and invoking superficial denials and unconvincing explanations of how detainees have been seriously injured or died in custody.

Opposition members of parliament have frequently submitted written parliamentary questions regarding torture or ill-treatment. The Interior and Justice Ministries have not responded to most questions, although under parliamentary rules they are obligated to do so within 15 days. In one answer to a question about the torture of 55 men and women in the southeastern province of Şanlıurfa in May 2019, the Interior Ministry simply dismissed the allegations as “baseless statements and smear campaigns against the security forces.” The complaints have not been investigated.

“Widespread impunity for abuses by security officers sends a message that they are above the law and encourages them to abuse detainees,” Porteous said. “Turkey’s president and interior minister need to state publicly in unconditional terms that Turkey will abide by the absolute prohibition of torture and ill-treatment and bring those responsible for abuse to justice.” » Quelle: Human Rights Watch (HRW), Turkey: Police, Watchmen Involved in Torture, Ill-Treatment, 29. Juli 2020: <https://www.hrw.org/news/2020/07/29/turkey-police-watchmen-involved-torture-ill-treatment>

Gareth Jenkins, 1. Mai 2008:

« On April 23 the Turkish Council of State ordered former Interior Minister Mehmet Agar to stand trial for allegedly “forming a criminal organization” in the dirty war against the Kurdistan Workers’ Party (PKK) during the 1990s, a period most Turks refer to as the “Susurluk” era. It will be the first time a former government minister has faced charges related to one of the darkest chapters in recent Turkish history, the repercussions of which still haunt Turkey today.

During the late 1980s and early 1990s, when the PKK’s first insurgency was at its peak, there were frequent rumors that the Turkish state was conducting a campaign of torture and assassination against suspected PKK sympathizers, including the formation of death squads and the recruitment of ultranationalist hitmen from the Turkish underworld.

No unequivocal evidence could ever be produced and the claims were routinely dismissed by the Turkish authorities as PKK propaganda.

However, in the early evening of November 3, 1996, a truck pulled out of a gas station into the path of a speeding Mercedes just outside the town of Susurluk in western Anatolia. Three of the four passengers in the car were killed instantly and the fourth seriously injured. When local journalists arrived at the scene to cover what they had assumed was another traffic accident, they discovered that the three dead were Huseyin Kocadag, a prominent police chief; Abdullah Catli, a wanted Mafia hitman and convicted heroin smuggler who was carrying six different sets of identity documents issued by the Turkish authorities; and Catli's mistress, Gonca Us, a former beauty queen. The injured passenger was Sedat Bucak, a member of parliament for the ruling True Path Party (DYP) and the leader of a Kurdish clan which was one of the main contributors to the pro-state militia known as "Village Guards," used by the government in its war against the PKK. In the trunk of the Mercedes the journalists found a small arsenal of weapons, including several handguns fitted with silencers.

On November 8, 1996, Agar resigned as Interior Minister following allegations that he had provided false documents for Catli, including signing his gun permit. But his parliamentary immunity meant that Agar was able to avoid prosecution. Under intense public pressure, the government grudgingly agreed to a parliamentary inquiry. In the 350-page report published in April 1997, members of the parliamentary committee conducting the investigation repeatedly complained that they were prevented from having access to documents and interviewing state officials believed to have been involved. The inquiry nevertheless uncovered enough evidence to demonstrate that the victims of the traffic accident in Susurluk were just part of a vast matrix of security and intelligence officials, ultranationalist members of the Turkish underworld and renegade former members of the PKK.

During the course of the parliamentary inquiry, officials from Turkey's National Intelligence Organization (MIT) admitted that they had started recruiting ultranationalist members of the Turkish underworld in the early 1980s. In return for immunity from prosecution for their other activities—such as trafficking heroin through Turkey into Western Europe—ultranationalists in the Turkish Mafia had been used first to assassinate members of the militant Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia (ASALA) and then, particularly from the late 1980s onward, suspected PKK members or sympathizers. Sometimes they clearly had an additional motive. In the early 1990s, after then Prime Minister Tansu Ciller warned that the Turkish state would punish those who financed the PKK, several leading ethnic Kurdish heroin traffickers were murdered, and their routes taken over by members of the ethnic Turkish underworld.

*But "Susurluk" was more of a culture of immunity than a single network controlled by a specific power center. In addition to MIT, other branches of the security services were also running assassination campaigns. They included elements in the military, particularly those associated with what Turks call the "deep state," the Gladio-style covert networks originally established by NATO as stay-behind forces trained to conduct insurgent operations in the event of a communist takeover (see *Terrorism Focus*, January 29). One of the most active was Gendarmerie intelligence, officially known as Gendarmerie Intelligence and Anti-Terror (JITEM). The Interior Ministry also ran covert organizations,*

either on a local level or through specially formed units controlled from Ankara. Much of the funding for covert operations came from extra-budgetary funds which were free from any oversight. Similarly, many of the weapons used in covert operations were purchased and distributed secretly, often from the international black market.

Although the command structures of the covert organizations were usually staffed by long-serving security or intelligence officials, the assassinations themselves were often carried out by former members of the PKK. Known in Turkish as “confessors,” they were offered immunity from prosecution or reduced jail sentences in return for switching sides and targeting their former comrades. In recent years, several former confessors have published accounts of their activities, relating how they would abduct, interrogate, torture and then execute suspected PKK sympathizers.

No reliable figures are available for the number of people who were killed or disappeared as the result of such operations, but it is conservatively estimated to be several thousand. Most of the killings occurred in the predominantly Kurdish southeast of Turkey, where self-censorship and pressure from the authorities ensured that most of the assassinations and disappearances received little or no coverage in the mainstream national press. The assassins were often imprisoned PKK militants, who had been released for a few hours to carry out the murder in return for a promise of early release from jail. Many of the killings occurred in broad daylight in front of witnesses, who were sometimes able to identify the assailant. Although relatives of the slain were frequently able to name the assassin, it was very rare for the Turkish authorities to investigate. Even today, the murders of thousands of suspected PKK sympathizers during the 1990s remain officially classed as “unsolved.”

However, not only did the Susurluk accident occur in western Turkey—where it was much more difficult for the authorities to control the media—but it came at a time when the PKK was already in retreat on the battlefield. As the perceived threat from the PKK diminished, what had always been a very tenuous central control over the various groups and individuals recruited for the assassination campaigns declined still further. Many began to concentrate more on making money—particularly through extortion and narcotics trafficking—than on combating the PKK. The result was the emergence of rival factions and turf wars, which frequently descended into violence as competing groups started to target each other. But, even if they were now more criminal rather than covert organizations, they could still usually rely on the protection of the state to keep them out of jail. Although there were a number of prosecutions in the years immediately following the Susurluk accident, most of the accused were relatively low-level operatives and were either acquitted or received very light prison sentences.

Nevertheless, the arrests in January of an ultranationalist gang called Ergenekon demonstrated that Susurluk still has the ability to cast a shadow over Turkish politics. Several of the leading members of Ergenekon were among those named in the parliamentary investigation into Susurluk in 1997, even if they have recently started targeting what they regard as the anti-secularist Justice and Development Party (AKP) rather than the separatist PKK. However, unlike in the 1990s and despite the claims of many in the Islamist media, rather than being a product of elements in the Turkish security apparatus, Ergenekon appears to have been born of frustration at the perceived failure of the same forces to confront the AKP; prompting a handful of remnants from the Susurluk era to try to take matters into their own hands.

The presence in the Ergenekon gang of so many figures familiar from Susurluk has underlined the extent to which the majority of those responsible for the darkest chapter in what remains the largely untold story of Turkey's war against the PKK have escaped judicial retribution. For several years, it appeared as if Agar would avoid ever having to appear in court. It was only when he failed to retain his seat in the general elections of July 22, 2007, that he lost his parliamentary immunity and became vulnerable to prosecution. No politicians have yet been convicted for their role in the Susurluk scandal. But it is unlikely that all were unaware of what was being done with the extra-budgetary funds and clandestinely acquired weapons that they channeled to the covert operations. It would be ironic if Agar now faces the prospect of a prison sentence when it was Tansu Ciller, the former DYP leader and prime minister from 1993 to 1995, who, on hearing of Catli's death, declared that those who killed for their country were as deserving of praise as those who died for it.

*Apart from the human cost of the dirty war of the 1990s, perhaps the most pernicious legacy of Susurluk is the damage it has done to the Turkish people's trust in their leaders. **Before a careless truck driver proved otherwise, many would have dismissed as absurd the suggestion that their government could be recruiting Mafia hitmen, running death squads and releasing convicted terrorists to conduct extrajudicial executions.** But, in a country which is always awash with improbable conspiracy theories, it is now so much more difficult to dismiss even the most outlandish; after all, at least one of them is known to have been true. » Quelle: Gareth Jenkins, Susurluk and the Legacy of Turkey's Dirty War, 1. Mai 2008: <https://jamestown.org/program/susurluk-and-the-legacy-of-turkeys-dirty-war/>*

MEE, 16. November 2020:

« L'initiative du gouvernement français d'interdire les Loups gris, organisation turque d'extrême droite, a provoqué la colère et la confusion en Turquie.

Cette décision est survenue après la profanation du mémorial du génocide arménien près de la ville de Lyon la semaine dernière. Les mots « Loups gris » et les initiales du président turc Recep Tayyip Erdoğan avaient été tagués dessus.

Cette interdiction, qui a été entérinée mercredi, signifie que toute activité ou rencontre du groupe pourrait conduire à une peine d'emprisonnement ou une amende.

Le gouvernement turc a réagi : le ministère des Affaires étrangères a affirmé jeudi qu'il apporterait « la réponse la plus ferme à cette décision ».

Mais il a aussi affirmé que l'organisation des Loups gris n'existait pas. [...]

Panturquisme

Les Loups gris sont le nom informel de l'organisation ultranationaliste Ülkü Ocakları (Foyers idéalistes), fondé dans les années 1960 par Alparslan Türkeş, un colonel impliqué dans le coup d'État de 1960 qui a renversé le Premier ministre Adnan Menderes.

Ülkü Ocakları est souvent désigné comme un mouvement de jeunesse ou de rue du Parti d'action nationaliste (MHP, également fondé par Türkeş), qui est actuellement allié au président turc Erdoğan.

Sur le plan idéologique, les deux organisations soutiennent le panturquisme, qui promeut l'unité des différentes nations turques à travers le monde.

Les Loups gris étaient à l'origine un groupe farouchement opposé au communisme, hostile à la démocratie, plaidant la violence contre ceux qu'ils considéraient comme les ennemis de la Turquie.

Ils sont responsables d'actes de violence, notamment des meurtres visant des militants de gauche, des communistes, des Kurdes, des Arméniens et d'autres minorités de Turquie. Il fut révélé plus tard que certains meurtres commis par des membres des Loups gris ont eu lieu en coopération avec l'Organisation nationale du renseignement (MIT).

Bien que le groupe soit principalement laïc, et en grande partie hostile à l'islamisme, ils prétendent défendre le caractère musulman sunnite de la Turquie et ont perpétré des actes de violence sectaire contre la minorité religieuse alévie du pays, notamment le tristement célèbre massacre de Maraş en 1978.

Depuis que Devlet Bahçeli a pris la tête du MHP, après la mort de Türkeş, le parti et les Loups gris se présentent comme des modérés, professant leur soutien à la démocratie libérale et modérant leur nationalisme ethnique manifeste, bien qu'il ne s'agisse que d'une façade, d'après leurs détracteurs.

Leur relation avec Erdoğan et le Parti de la justice et du développement (AKP, parti au pouvoir) est complexe. Pendant de nombreuses années, leurs relations ont été hostiles en raison de la répression visant les ultranationalistes qui a eu lieu au moment des procès Ergenekon à la fin des années 2000, tandis que le MHP s'est farouchement opposé à l'ouverture de négociations de paix avec le Parti des travailleurs du Kurdistan (PKK) en 2013.

Cependant, la relation entre le MHP et l'AKP s'est améliorée depuis 2015, lorsque l'AKP est revenu sur de nombreuses réformes pro-Kurdes des années 2000 et s'est engagé dans une politique étrangère plus agressive tout en embrassant un discours nationaliste plus dur.

Les deux partis ont noué une alliance électorale qui dure depuis 2018, et le MHP a soutenu le vote « oui » au référendum de 2017 relatif au régime présidentiel d'Erdoğan.

Les partisans d'Ülkü Ocakları n'adhèrent pas à toutes les positions du MHP. Dix anciens dirigeants de l'organisation ont publiquement invité à voter « non » à ce référendum. [...]
» Quelle: Middle East Eye (MEE), Interdits en France, les Loups gris gagnent du terrain en Europe, 16. November 2020: <https://www.middleeasteye.net/fr/decryptages/qui-sont-les-loups-gris-et-pourquoi-sont-ils-interdits-en-france>

Medyanews, 29. September 2024 :

« A petition calling for a ban on the ultra-nationalist Turkish group known as the Grey Wolves is gaining traction, highlighting concerns about the group's alleged extremist activities and influence in Europe.

The campaign follows a recent violent attack on Kurdish families returning home from Newroz celebrations in Leuven, Belgium. The attackers beat and stabbed several Kurds and tried to force their way into a house where dozens had sought refuge. [...]

At the heart of the Grey Wolves' ideology is the staunch promotion of Turkish ethnicity, culture and national identity, often at the expense of minority groups within Turkey and beyond. Their pledge of allegiance includes a commitment to fight the perceived threats of communism, capitalism, fascism and imperialism, with the aim of achieving a nationalist Turkey and the broader concept of Turan. Critics argue that this pledge, with its militant undertones, is incompatible with the principles of a democratic society.

Of particular concern is the movement's ideology, which emphasises Turkish supremacy while vilifying a wide range of 'internal' and 'external' enemies, including Kurds, Greeks, Armenians, Jews, Europeans, Chinese, Americans and the Vatican. Such divisive rhetoric is seen as a direct challenge to the values of diversity and democracy cherished in the Federal Republic of Germany.

The petitioner, voicing concerns shared by many affected by the actions of the Grey Wolves, argues that the organisation's activities have instilled fear and concern among non-Turkish communities. They assert that it is imperative for society to take a firm stand against the Grey Wolves in order to ensure the safety of communities and to uphold democratic values." Quelle: Medyanews, Calls to ban ultra-nationalist Turkish group Grey Wolves spark petition, 29. September 2024: <https://medyanews.net/calls-to-ban-ultra-nationalist-turkish-group-grey-wolves-spark-petition/>

RTBF, 6. Juli 2024:

« Qui sont les "Loup Gris" ?

Les Loups gris (Bozkurtlar en turc), ou "Foyer de l'idéalisme" (Ülkü Ocakları en turc), sont une organisation nationaliste fondée dans les années 1960. Leur histoire est intimement liée au Mouvement nationaliste turc (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP), un parti ultranationaliste allié à l'AKP de Recep Tayyip Erdoğan. Créés par le colonel Alparslan Türkeş, les Loups gris sont initialement la branche paramilitaire du MHP. Ils se distinguent par une idéologie néofasciste mêlant nationalisme turc extrême, panturquisme (l'unité des peuples turcophones), et anticommunisme. Ils s'opposent fermement au marxisme, au socialisme et à toute autonomie kurde ou minoritaire en Turquie.

Les "années de plomb" à la turque

Durant les années 1970, les Loups gris sont été impliqués dans de nombreuses violences, attaques et actes de terrorisme contre les communistes, les socialistes et les minorités, en Turquie et à l'étranger. Le coup d'État militaire de 1980 a conduit à l'arrestation de nombreux membres, mais certains ont échappé et poursuivi leurs activités.

Après cette période de répression, le MHP et les Loups gris sont revenus en force. Le MHP est devenu un parti influent, souvent en coalition avec d'autres partis de droite. Les Loups gris ont étendu leur réseau, infiltrant divers secteurs de la société, des services secrets à l'armée, en passant par la police.

En Europe, leur influence s'est également fait sentir dans les communautés turques, souvent accusés d'actions violentes et de tentatives d'assassinat, comme celle contre le pape Jean-Paul II en 1981 par Ali Ağca. Certains pays, comme la France et l'Allemagne, ont interdit les Loups gris en raison de leurs activités extrémistes et des menaces qu'ils représentent pour la sécurité publique.

Aujourd'hui, l'organisation reste très active, notamment dans les milieux étudiants et au sein de diverses organisations sociales et culturelles, continuant à promouvoir leur idéologie nationaliste. » Quelle: Radio-télévision belge de la Communauté française (RTBF), Quand l'extrême droite flirte avec le football : qui sont les Loups gris, célébrés par Merih Demiral lors de son but contre l'Autriche à l'Euro, 6. Juli 2024: <https://www.rtbf.be/article/quand-l-extreme-droite-flirte-avec-le-football-qui-sont-les-loups-gris-celebres-par-merih-demiral-lors-de-son-but-contre-l-autriche-lors-de-l-euro-11400365>

VOA, 9. Dezember 2020:

« A shadowy Turkish ultra-nationalist group is under increasing scrutiny in Europe after French officials banned them for violent actions and inciting hate speech in November.

The Grey Wolves have been operating inside Turkey for decades and have been accused of politically motivated violence mainly against left-wing leaders, ethnic Kurds and Turkey's Alevi sectarian minority. [...]

Grey Wolves in Turkey

The Grey Wolves is an informal name of the ultra-nationalist organization called Ülkü Ocakları (Idealist Hearths). As a political movement, it is mostly referred to as Ülkücü Hareket or the Idealist Movement.

In 1968, Idealist Hearths was founded as the militant youth wing of the far-right Nationalist Movement Party (MHP), currently a political ally of Erdogan's ruling Justice and Development Party (AKP).

Over the years, the group was reportedly involved in politically motivated violence in Turkey, mainly against leftist political leaders and ethnic and religious minorities.

On November 30, the Turkish daily Haberturk quoted an anonymous MHP source who denied reports that Idealist Hearths was operating outside of Turkey. However, "Turkish Federation is important for us abroad," the source said.

Turkish Federation is an umbrella organization of several Turkish diaspora groups affiliated with MHP. While the group is often seen as an extension of the Grey Wolves abroad, its members deny such accusations.

"Today, there is no such organization, and the wolf salute is a symbol that everyone uses," Orhan Ilhan, head of the France Turkish Federation, told VOA.

However, according to Kemal Can, a columnist for Istanbul-based online news website Gazete Duvar and an author on the MHP's history, Turkish nationalists sympathetic to the Grey Wolves remain active in Europe under different organizations.

"The absence of an official organization named the Grey Wolves in Europe does not mean that there is no political movement that calls itself the Grey Wolves," Can told VOA, referring to the Turkish Federation. [...] » Quelle: VOA, Shadowy Turkish Ultra-Nationalist Group Under Scrutiny in Europe, 9. Dezember 2020: <https://www.voanews.com/amp/extremism-watch-shadowy-turkish-ultra-nationalist-group-under-scrutiny-europe/6199344.html>

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.